

SPERRFRIST:
MITTWOCH, 31. August, 6.00 Uhr
Es gilt das gesprochene Wort.

Gerda Hasselfeldt Dr. Klaus W. Lippold Dagmar G. Wöhrl Kurt-Dieter Grill

Schwarzbuch grün-roter Energiepolitik

7 Jahre

zwischen Anspruch und Wirklichkeit

zu Lasten des Wirtschaftsstandortes und der Klimavorsorge

Grün-roter Anspruch

- Primat der Ökologie
- Verantwortung für Mensch und Erde
- Altruismus

Grün-rote Bilanz: Mehr Fragen als Antworten

- „Die Beiträge der Braun- und Steinkohle zur Stromerzeugung in Deutschland sind insofern auch umweltpolitisch voll und ganz vertretbar.“
(Bundeskanzler Gerhard Schröder, 22.5.2002)
- „Eine Industrienation wie die Bundesrepublik Deutschland wird den Übergang ins Solarzeitalter aber nur langfristig vollziehen können. Auch das muß man denen, die drängen, klar sagen. Für die Stromversorgung bei uns wird weiterhin der klassische Energiemix aus Steinkohle, Braunkohle und für eine begrenzte, überschaubare Zeit auch noch die Kernkraft eine zentrale Rolle spielen.“
(Bundeskanzler Gerhard Schröder, 7.11.2001)
- Durch den „Ausstieg“ aus der Kernenergie verteuern sich die nationalen Klimavorsorgeziele der Bundesregierung bis zum Jahr 2020 um 256 Milliarden Euro.
(Bundeswirtschaftsminister Werner Müller, 2001)
- „Ein schlüssiges Konzept zur Vermeidung der zusätzlichen CO₂-Emissionen durch den Wegfall der Kernkraftkapazitäten ist gegenwärtig nicht sichtbar.“
(Rat für Nachhaltige Entwicklung, November 2004)

Grün-rote Wirklichkeit

- **Methodik:**
 - „Ablasshandel des 21. Jahrhunderts“
- **Ziel:**
 - Politischer Machterhalt – Weit weg von Altruismus und ökologischem Gewissen
- **Instrumentarium:**
 - Energiepolitische Kompetenzausweitung durch das BMU und Verstaatlichung
 - Klientelpolitik
 - Interessenverflechtungen und Abhängigkeitsstrukturen
 - Marketing und PR ohne inhaltliche Substanz
 - Verzögerung, Ankündigung und Beraterrepublik
- **Resultat:**
 - Abkehr vom Rio-Konsens der Nachhaltigkeit
 - Belastung von Stromkunden und Steuerzahler
 - Vernichtung von Arbeitsplätzen
 - Ökologischer Offenbarungseid und Miskreditierung der Ökologie
- **Ökonomische und ökologische Ineffizienz:**
 - Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung – Ein Muster ohne Wert
 - Grün-rote Klimapolitik – „Tal der Ahnungslosen“ und Scheitern
 - Energiepolitik als Stückwerk ohne Gesamtkonzept – Technologische Ideologie, Instrumentenwirrwarr und volkswirtschaftliche Verwerfungen

Grün-rote Methodik

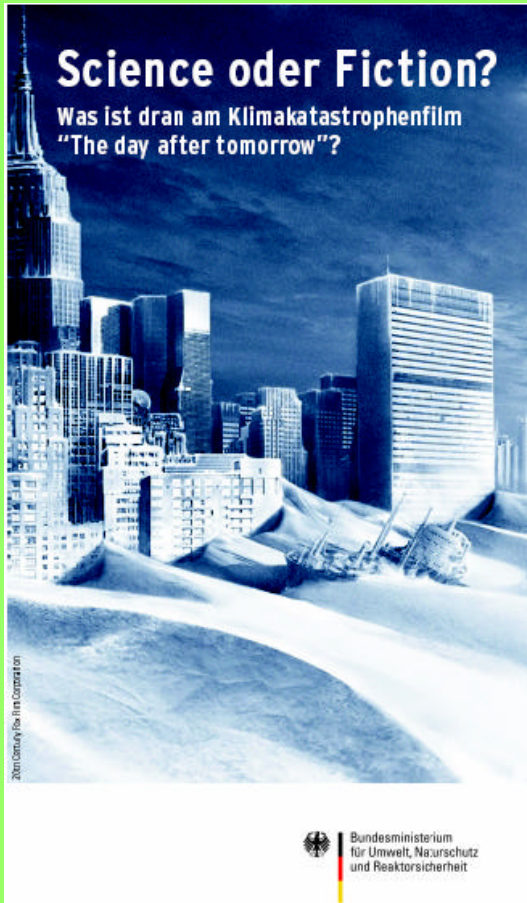
„Ablasshandel des 21. Jahrhunderts“

- **Das System des grün-roten Ablasshandels:**
 - Problem: **Weltuntergangsszenario:** Menschgemachter „Klimawandel“ und Bedrohung durch böse Technologien/Energieträger (Kernenergie, Kohle) in Verbindung mit dem Druck eines sich schließenden Zeitfensters.
 - Lösung: **Alternativloser Ausweg** über grün-rote Energiepolitik als Allheilmittel – absoluter, dogmatischer Wahrheitsanspruch unter Negierung volkswirtschaftlicher Zusammenhänge.
 - Ziel: Wahrung des Anspruches auf Machterhalt durch **Verhinderung einer offenen Diskussion** über die effizientesten Mittel.
Wer die grün-roten Instrumente nicht unterstützt, spricht sich auch automatisch gegen Erneuerbare aus, erkennt die Herausforderung der Klimavorsorge nicht an, setzt Mensch und Umwelt der vermeintlichen Gefahr bestimmter Technologien aus. Wer dagegen die zumeist überbewerteten und ineffizienten grün-roten Instrumente unterstützt und damit Grün-rot bestätigt, wird seiner „Verantwortung“ gerecht und kann sein „ökologisches Gewissen“ beruhigen.

Aber: In einem ausgewogenen Energiemix kann jeder Energieträger einen wichtigen Beitrag leisten. Die Ideologie des vermeintlich ökologisch Besseren ist im liberalisierten Energiemarkt fehl am Platz und geht zu Lasten des Standortes Deutschland sowie der Klimavorsorge.

„Ablasshandel des 21. Jahrhunderts“ (2)

- Weltuntergangsszenarien



Quelle: BMU-Broschüre, Mai 2004.

Aber: Die Identifizierung einer Herausforderung rechtfertigt nicht den ineffizienten Einsatz der knappen Ressource Kapital.

„Ablasshandel des 21. Jahrhunderts“ (3)

- **Verantwortungslose Panikmache**
- **Anspruch:**
 - Grün-rote „Fürsorge“
 - „Der islamistische Terrorismus hat Atomkraftwerke in seine Zielplanung aufgenommen.“
(*BMU-Themenpapier „Wiedergeburt eines Auslaufmodells?“*, November 2004)
 - Forderung von BfS-Präsident Wolfram König (ebenfalls vor dem Hintergrund vermeintlicher Terrorismus-Bedrohung), einzelne Kernkraftwerke müßten aus Sicherheitsgründen schneller als zwischen Bundesregierung und EVU vereinbart stillgelegt werden.
(*Berliner Zeitung*, 21.2.2004.)
- **Wirklichkeit:**
 - **Unverantwortliches „Spiel“ mit Ängsten** durch Trittin und seine Handlanger – Bundesinnenminister Schilly und Kanzleramtschef Steinmeier haben Mühe die Panikmache des Kabinettskollegen Trittin und seines Ausführungsgehilfen König einzufangen
 - „Der Bundesregierung liegen jedoch derzeit keine konkreten Hinweise vor, aus denen sich eine unmittelbare Gefährdung kerntechnischer Anlagen in Deutschland herleiten ließe.“
Antwort der Bundesregierung auf eine Parlamentarische Anfrage zu der Trittinschen-Behauptung, Dezember 2004.
 - Die Bundesregierung widerspricht ausdrücklich der Einschätzung der Sicherheitslage deutscher Kernkraftwerke durch den BfS-Präsidenten: Nach Auskunft der Bundesregierung sind zum Schutz deutscher Kernkraftwerke Maßnahmen „zur Erhöhung des bereits vor dem 11. September 2001 bestehenden hohen Sicherungsniveaus umgesetzt worden“. Weiter verweist die Bundesregierung auf die „Festlegung von Flugbeschränkungszonen im Bereich von Kernkraftwerken, die im Zusammenwirken mit weiteren, aufgrund ihres vertraulichen Charakters nicht öffentlich kommunizierten Maßnahmen zu einer wirksamen Bedrohungsminderung beitragen“. Insofern habe die Bundesregierung auch „nicht die Absicht, die einschlägigen Bestimmungen des Atomgesetzes zu ändern“.
(Zitate aus Antwort der Bundesregierung auf eine Parlamentarische Anfrage zu der Königschen-Forderung, Dezember 2004.)

„Ablasshandel des 21. Jahrhunderts“ (4)

- **Beispiele für den absoluten, dogmatischen Wahrheitsanspruch von Grün-rot:**
 - „Sie [die Feststellung, dass die friedliche Nutzung der Kernenergie zur Stromerzeugung weltweit künftig noch weiter an Bedeutung gewinnen wird] zeigt das sehr eindimensionale Denken einer überholten Energiephilosophie, die in der zusammenwachsenden Welt des 21. Jahrhunderts gefährlich und falsch ist.“
(PM von Michael Müller MdB, 28.2.2005)
 - „Wer energiepolitische Dummheiten verbreitet, den wird diese Verantwortungslosigkeit schnell einholen.“
(PM von Michael Müller MdB, 1.2.2005)
 - „Die Erwärmung des Erdklimas hat sich in den letzten Jahrzehnten zur bislang größten Herausforderung für den Glauben an den menschlichen Fortschritt entwickelt.“
(Michael Müller MdB und Peter Henricke: *Weltmacht Energie: Herausforderung für Demokratie und Wohlstand*. Stuttgart 2005.)

Ohne Lobby: Sind nicht vielmehr Ernährung und medizinische Versorgung der Ärmsten der Welt die größten „akuten“ Herausforderungen unserer Zeit, die allen Fokus und alle volkswirtschaftlichen Anstrengungen verlangen?

„Ablasshandel des 21. Jahrhunderts“ (5)

- **Der Ablasshandel in der Praxis - ein konkretes Beispiel** (man beachte das drastische Vokabular):
 - **Grün-rotes (vermeintliches) Weltuntergangsszenario:**
 - „Zur Vermeidung riesiger wirtschaftlicher Schäden haben das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) und die Solarwirtschaft verstärkte Klimaschutz-Anstrengungen angemahnt. Ohne radikale Verminderung der Treibhausgase sei nicht nur die Umwelt gefährdet, sondern drohe dem Land bis 2050 auch ein ökonomischer Schaden von 140 Milliarden Euro, betonte DIW-Experte Hans-Joachim Ziesing. ‚Wir können uns unterlassen Umweltschutz nicht leisten‘, sagte er beim Kongress der Unternehmensvereinigung Solarwirtschaft (UVS) in Berlin.“
 - **Grün-rote (vermeintliche) Abhilfe:**
 - Diese [UVS] appellierte an den Bundestag, nach dem Stromgesetz für Erneuerbare Energien nun auch den solaren Wärme- und Heizungsmarkt gesetzlich zu fördern. Das sei in Arbeit, hieß es im Umweltressort.“

Grün-rotes Ziel

Anspruch: Ökologische Modernisierung

- „Umweltpolitik ist im letzten Jahrzehnt um eine Dimension reicher geworden. Neben dem wirksamen Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen geht es um den Aufbau nachhaltiger Lebens- und Wirtschaftsformen. Die ökologische Modernisierung Deutschlands, der EU und auf internationaler Ebene schafft Arbeitsplätze und sorgt für mehr Lebensqualität – jetzt und in Zukunft.“
(*BMU-Broschüre „Umweltpolitik heute und in Zukunft“, Juli 2005*)
- „Unser Eintreten für die Ökologie ist der Verantwortung für Mensch und Umwelt verpflichtet. ‚Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt‘, dieses Motto stand am Beginn der grünen Bewegung und macht bis heute den Unterschied aus.“
(*Wahlprogramm 2005 von Bündnis 90/Die Grünen*)
- „Die ökologische Modernisierung für Arbeit und Umwelt“ und „Umweltschutz: wirksam, effizient und demokratisch“
(*Koalitionsvertrag 1998*)

Aber: Das Prinzip der Nachhaltigkeit sieht jedoch auch Verantwortung und Gerechtigkeit gegenüber den heutigen Generationen vor – und das gerade in Zeiten von Massenarbeitslosigkeit, auch infolge staatlich verteuerter Energiepreise.

Wirklichkeit: Politischer Machterhalt – Weit weg von Altruismus und ökologischem Gewissen

- **„Grüne Besserverdiener**

Den einst selbst gewählten Titel ‚Partei der Besserverdienenden‘ muss die FDP an die Grünen abtreten, denn den ehemaligen Ökopaxen geht es finanziell längst weitaus besser als den Liberalen. (...) Jeder vierte verfügt monatlich über ein Netto-Haushaltseinkommen in Höhe von mindestens 3000 Euro (...). ‚Das belegt, dass den Grünen der Marsch durch die Institutionen hervorragend gelungen ist.‘“

(Der Spiegel, 34/2004).

- **„Wasser predigen, Wein trinken**

Auch Bundesumweltminister Jürgen Trittin verfährt nach der Devise. Ausgerechnet der Mann, der seit Jahren für umweltfreundliche Autos wirbt und Autofahrer mit der Ökosteuer quält, lässt sich und seine ranghöchsten Mitarbeiter in wahren Benzin-Fressern chauffieren. Jürgen Trittin selbst in einem Audi A 8 4,2 quattro L (310 PS, Spitz 250 km/h, Grundpreis: 80.400 Euro) unterwegs. Seinen Staatssekretären Rainer Baake, Margareta Wolf und Simone Probst stehen ein Mercedes S 430 (279 PS, Grundpreis: 65.450 Euro) und zwei BMW 755 i (272 PS, 57.500 Euro) zur Verfügung. ‚Diese Dienstwagen verbrauchen im Stadtverkehr zwischen 15 und 17,5 Liter Super‘ (...).“

(BZ, 19.7.2004).

- **„Agenda Amazonas**

Brasilien-Reisepläne bringen die grünen Minister Künast und Trittin in Erklärungsnot: Eine Challenger-Maschine der Bundeswehr sollte für ein bisschen Luxus sorgen. (...) Nicht minder kreativ die Planung des Umweltministers, der erst im Frühjahr geklagt hatte, der internationale Flugverkehr sei ‚eine der am schnellsten wachsenden Quellen von Treibhausgasen.‘“

(Der Spiegel, 44/2003).

Grün-rotes Instrumentarium

Energiepolitische Kompetenzausweitung durch das BMU und Verstaatlichung

- **...ohne wirtschaftspolitisches Gegengewicht durch BMWA oder Kanzleramt**
 - Reduzierung der Energiepolitik auf das Etikett der „Ökologie“
 - Energiekosten nicht länger als Standortfrage
- **Der nach 7 Jahren grün-rot nahezu vollständige Kompetenzkatalog des BMU in Energiefragen:**
 - Kernenergie und Entsorgung
 - Erneuerbare Energien und Energieeffizienz (inkl. Energieforschung)
 - Emissionstrading
 - Mitsprache Energierecht und Netzregulierung
 - Mitsprache KWK
 - Mitsprache Energieeinsparung

...und BMWA und Kanzleramt schweigen.

Energiepolitische Kompetenzausweitung durch das BMU und Verstaatlichung (2)

- Ein Beispiel
- **Anspruch: Nüchterne Sachanalyse des BMWA**
 - „Die Ausführungen zum Sachverhalt, aus denen abgeleitet wird, dass die Verfolgung des Ein-Endlagerzieles mit finanziellen Risiken für den Bundeshaushalt in Höhe von mehreren Mrd. € verbunden ist, wobei diese Risiken mit der Dauer des Entscheidungsprozesses anwachsen, werden geteilt. (...) Schon seit Jahren ist international ein Diskussionsstand erreicht, der sicherheitstechnische Vorteile für ein Mehr-Endlagerkonzept und sicherheitstechnische Nachteile für ein Ein-Endlagerziel sieht.“
(Brief des BMWA an den BRH, 20.1.2004, ebenso das BMBF)
- **Wirklichkeit: BMU bügelt BMWA wie zumeist ab**
 - „Die Stellungnahme des Bundesrechnungshof ist so weder sachgerecht noch nachvollziehbar. (...) Zur angeblichen Äußerung des Bundeswirtschaftsministeriums, dass das Ein-Endlager-Ziel ‚sicherheitstechnische Nachteile‘ aufweise, ist festzustellen, dass das Bundeswirtschaftsministerium für die atomrechtliche Sicherheit weder kompetent noch zuständig ist.“
(PM des BMU, 30.6.2004)
- **Ergebnis:**
 - „Teurer Sieg. Im Streit um die Suche nach einem Atommüllendlager setzt sich Jürgen Trittin gegen Wolfgang Clement durch – und nimmt Milliardenrisiken in Kauf. (...) Seither ist Schicht im Schacht. Taktieren, lavieren heißt Trittins Devise. (...) Doch mit seiner Hinhaltetaktik bringt er nicht nur den BRH [Bundesrechnungshof], Clement und die Energieunternehmen gegen sich auf. (...) Im Umweltministerium rechnet man damit, dass Trittin die Sache erfolgreich aussitzt. Man werde wohl noch 10 bis 15 Jahre prüfen, prophezeit ein Ministerialer, so lange bis es ein europäisches Endlager oder eine Atommüllhalde in Russland gebe.“
(Der Spiegel, 19.7.2004)

Die Realität: Das ressorttechnisch beteiligte BMWA unterhält mit Steuergeldern extra zwei Fachreferate für den Bereich „Kernenergie und Entsorgung“ und ist im Übrigen für die Endlagerforschung federführend.

Energiepolitische Kompetenzausweitung durch das BMU und Verstaatlichung

- **Anspruch: Markt und Wettbewerb**

- „Ich mache Standortpolitik“

(Bundesumweltminister Trittin in Der Spiegel, 5.4.2004).

- „Weil es nicht Aufgabe des Staates ist, eine bestimmte Technik vorzuschreiben, sondern Grenzwerte. Schließlich wollen wir dem Einfallsreichtum der Techniker keine Grenzen setzen, wie diese Grenzwerte eingehalten werden können.“

(Bundesumweltminister Trittin in Umweltjournalist, 2003).

- **Wirklichkeit: Planwirtschaft und Dirigismus**

- „Der Euro in der rechten Tasche kann eine ganz andere Wirkung entfalten als der Euro in der linken Tasche.“

(Bundesumweltminister Trittin in Der Spiegel, 5.4.2004).

- ...denn über die bessere Wirkung entscheidet der Bundesumweltminister.

- So sind trotz der Liberalisierung wesentliche Bereiche des Energiemarktes wieder staatlich reglementiert (Kernenergieausstieg, KWKG, EEG, Steinkohlesubventionen, Ökosteuern, Emissionshandel, EnWG mit Bundesnetzagentur, Mineralöl- bzw. Treibstoffbesteuerung etc.)

Klientelpolitik

- Das Ringen um Stromkunden und Kapital auf dem Energiemarkt:
 - Neue Player – alte Bekannte



„Auch in Zukunft wird die Naturstrom AG zusammen mit ihren Kunden die Energiewende in Deutschland weiter vorantreiben und freut sich auf jeden neuen Mitstreiter im Kampf um eine zukunftsfähige, weil regenerative Energieversorgung, gegen die Übermacht der Stromkonzerne und für mehr Wettbewerb im deutschen Strommarkt.“
(www.naturstrom.de).

„Sonniger Profit
Mit massiv geförderten Solarparks drückt die Regierung den Ökostrom in den Markt – im Sinne der rot-grünen Klientel.“
(Der Spiegel, 9/2004).



„Die Ostwind-Gruppe (...) wäre undenkbar ohne das jahrelange Engagement (...) in der Anti-Atomkraft-Bewegung.“
(www.ostwind.de).

„(...) Die Branche [die Solarenergiebranche], einst Reservat zotteliger Weltveränderer, ist indes längst in der Hand schneidiger Ökonomen.“
(Der Spiegel, 35/2004).



„Größtes Hindernis für eine gesunde Entwicklung des Ökostrommarktes bleiben die hohen Netznutzungsgebühren. (...) Unser Ziel: die Realisierung einer ökologisch hochwertigen und wirtschaftlich erfolgreichen Energieversorgung ohne Atom- und Kohlestrom.“
(www.greenpeace.de)

„In der inzwischen ‚knallharten Branche‘ gehe es eigentlich nur noch um ‚Finanzierung, Versicherung, Rendite‘ (...) ‚ob die Technik läuft, interessiert viele gar nicht mehr‘ (...). ‚Früher sind die Leute in Birkenstock-Latschen auf der Messe aufgetaucht, aber heute ist das hier das hier big business.‘“
(Süddeutsche Zeitung, 29.9.2003).

Interessenverflechtungen und Abhängigkeitsstrukturen

- „**Grüne Kumpel**“ – Politik zu Lasten des Images wichtiger und zukunftsträchtiger Industriezweige
 - „Nach weiteren vier Jahren Rot-Grün wird diese Branche [die Erneuerbaren Energien] so stark sein, dass sie nicht mehr abgeräumt werden kann.“
(Michaele Hustedt MdB, Oktober 2002).
 - **50.000 – 120.000** subventionsabhängige Beschäftigte bei stark steigender Tendenz bis mindestens ins Jahr 2025.

Zum Vergleich: Derzeit ca. 35.000 Beschäftigte im deutschen Steinkohlebergbau.

Interessenverflechtungen und Abhängigkeitsstrukturen (2)

„Mit der Anregung zur Aufnahme eines ‚Solarministers‘ ins Bundeskabinett soll dem Anspruch auf eine angemessene Interessenvertretung neuer Energietechnologien innerhalb der Bundesregierung Nachdruck verliehen werden. Der Ausbau erneuerbarer Energien zu einer tragenden Säule der Energieversorgung müsse zudem zum Staatsziel erhoben und im Grundgesetz verankert werden (...).“
PM der Unternehmensvereinigung Solarwirtschaft e.V. (UVS) zu den Koalitionsverhandlungen 2002, 26.9.2002.

WIRTSCHAFT UND VERBRAUCHER, Rheinische Post, 7.11.2003

Vom Winde verweht

Verluste in der Firma, Bürgerschaft des Landes NRW und Grünen-Mandat in Erkelenz. Umweltkontor-Gründer Heinrich Lohmann nimmt es mit der Trennung von Politik und Geschäft offenbar nicht allzu genau.

Von THOMAS WELS

SPD und die EEG-Novelle

Fluss des Geldes

Von Thomas Hillenbrand

Die Sozialdemokraten setzen sich für ein Gesetz ein, in dem die Förderung großer Wasserkraftanlagen festgeschrieben wird. Pikant dabei: Eine SPD-Firma hat wohl vom größten Profiteur der Neuregelung Werbekostenzuschüsse und Provisionen erhalten.
(SPIEGEL Online – 18. März 2004)

Das saubere Angebot für Genossen:
 Der SPD-Card Natur-Tarif!



MEIN PRIVATKUNDEN-VERTRAG FÜR NATURENERGIE



WIR MACHEN AUS JEDEM WETTER SAUBEREN STROM.

Strom aus Wasser und Sonne – günstig für SPD-Mitglieder

www.imageshop.de

„Man muss die Umfrage schon sehr aufmerksam lesen, um zuerkennen, dass ausgerechnet die Solar-Lobby dahinter steckt. Nachdem der Atomausstieg unter Rot-Grün begonnen wurde, kam nun offenbar die Angst, dass bei einem Regierungswechsel finanzielle Beihilfen für erneuerbare Energien gekürzt werden könnten. Das war es wert, rund 7000 Schreiben [an Bürgermeister und Landräte vor der Bundestagswahl 2002] bundesweit zu verschicken, um unterschwellig anzudrohen, dass unter Union und FDP ‚in den kommenden 5 bis 10 Jahren‘ der Bau von bis zu 70 Kernkraftwerken realisiert werden könne. Wer an so viel Schwachsinn glaubt, muss ziemlich lange in der Sonne gelegen haben.“
(Ostthüringer Zeitung Lobenstein, 8.10.2002).

Deutscher Bundestag Drucksache 14/9954
 14. Wahlperiode 11. 09. 2002

Unterrichtung
 durch den Präsidenten des Deutschen Bundestages

Veröffentlichung von Spenden, die im Einzelfall die Höhe von 50 000 Euro übersteigen (§ 25 Abs. 3 Satz 3 Parteiengesetz)

Partei	Spende	Spender	Eingang der Spende	Eingang der Anzeige
Kurzbezeichnung	€	Name, Anschrift	Datum	Datum
GRÜNE	70 000,00	Ostwind-Verwaltungsgesellschaft mbH, Dünzergasse 8, 93047 Regensburg	15. August 2002	20. August 2002

Interessenverflechtungen und Abhängigkeitsstrukturen (3)

- **Anspruch:**

- „Ich bin ehrenamtlicher Präsident einer gemeinnützigen Vereinigung für erneuerbare Energien und nicht Präsident eines Interessenverbandes. Ich habe jede Verbindung zu einem wirtschaftlichen Interesse bisher strikt abgelehnt.“

(Hermann Scheer MdB im Deutschen Bundestag, 5.7.2002)

- „Die ‚amigo‘-Strukturen der Energiewirtschaft sind reif für Untersuchungsausschüsse. (...) Die Methoden sind ebenso vielfältig wie raffiniert. (...) Es handelt sich dabei um legale Formen der Korruption.“

(Hermann Scheer MdB im Deutschen Bundestag, Frühjahr 2005)

- „Bezahlte Nebentätigkeiten in der Privatwirtschaft müssen verboten werden. Ein Politiker ist nicht mehr unabhängig, wenn er für ein Unternehmen arbeitet.“

(Hermann Scheer MdB in „Hart aber fair“, 12.1.2005)

Interessenverflechtungen und Abhängigkeitsstrukturen (4)

- **Wirklichkeit:**

- (1) „Trotz derlei Ungereimtheiten erfreut sich WER in Ökokreisen eines guten Rufs. Auf Kongressen des Fördervereins ‚Eurosolar‘ tritt WER-Mitbegründer Jakobowski als gerngesehener Redner auf. Der **Eurosolar-Präsident** und Bundestagsabgeordnete Hermann Scheer (SPD) lobt an Jakobowski, er habe ‚eine besondere Fähigkeit zum Kapitalsammeln‘. Scheer sollte Jakobowski gut kennen: Die Ehefrau des Politikers [Irm Pontenagel-Scheer] sitzt im WER-Aufsichtsrat, er selbst wirbt auf einem Prospekt der Berliner Umweltfinanz GmbH mit faksimilierter Unterschrift und seinem Konterfei. Die Umweltfinanz gehört zur Hälfte dem WER-Gründungsgeschafter Michael Schäftlein.“ (*Der Spiegel*, 20/1999)
- (2) Irm Pontenagel-Scheer, **Geschäftsführerin EUROSOLAR**
- (3) Beispiellose Interessenverflechtung und Abhängigkeitsstrukturen: Eurosolar „unterhält“ eine **eigene Parlamentariergruppe**.

PROGRAMM EUROSOLAR-PARLAMENTARIERGRUPPE 2002-2006				
EUROSOLAR-Parlamentariergruppe im Deutschen Bundestag				
Arbeitsprogramm Legislaturperiode 2002 - 2006				
<i>(Zusammengestellt von Heiko Stubner, wissenschaftlicher Mitarbeiter im BT-Büro von Hermann Scheer)</i>				
Lfd. Nr.	Aktionsfeld	Zeitliche Priorität	zuständige BT-Ausschüsse	Ressorts/ Institutionen
1.	Novellierung EEG	Hoch	Umwelt	BMU
2.	Änderung der Richtlinie MAP	Hoch		RMI

Mitglieder der Eurosolar-PG: Neben Hermann Scheer MdB, Hans-Josef Fell MdB, Marco Bülow MdB etc.

Marketing und PR ohne inhaltliche Substanz

- **Die inhaltliche Arbeit im BMU hält mit dem Ressortetat für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit nicht Schritt.**
 - Seit 1998 allein im BMU Ausgaben für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit in Höhe von 50 Millionen Euro.
 - Hinzu kommt ein zweistelliger Millionenbetrag der über Projektmittel oder andere „versteckte“ PR-Budgets des BMU finanziert wird.

Insgesamt: Seit 1998 Ausgaben der Bundesregierung für PR mehr als 1 Milliarde Euro.

Marketing und PR ohne inhaltliche Substanz (2)

- PR für Regierung oder Partei?
 - BMU-Veröffentlichungen (allein im Zeitraum NRW-Wahl 2005 bis Ende Juli 2005):

- 60 Publikationen
- 70 Pressemitteilungen
- 20 Reden



Marketing und PR ohne inhaltliche Substanz (3)

- **Mit Steuergeldern werden vom BMU Arbeitsplatzverluste gefeiert.**
 - „Abschaltparty“ und PR zu Stade (obwohl aus betriebswirtschaftlichen Gründen abgeschaltet):
 - Kosten: 250.000 Euro
 - „Abschaltparty“ und PR zu Obrigheim (mehr als 1.000 Jobs in der Region betroffen):
 - Kosten: 400.000 Euro

Verzögerung, Ankündigung und Beraterrepublik

- **Anspruch:** „Die [EnWG-Novelle] beweist: Unsere Politik stabiler und berechenbarer Rahmenbedingungen für die Energiewirtschaft zahlt sich aus.“ (*Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement, 21.4.2005.*)
- **Wirklichkeit:** Die „**unendliche Geschichte**“ des **EnWG** – Zeugnis der mangelnden Durchsetzungsfähigkeit und Sachkompetenz der politischen Führung des BMWA:
 - 1. Akt: EnWG-Novelle 2003
 - **Nach 3 Jahren** „Hin und Her“ zwischen Grün-Rot und zunächst gescheiterter Abstimmung im Bundestag.
 - Nur etwa ein Jahr „Gültigkeit“.
 - 2. Akt: EnWG-Novelle 2005
 - **Nach 2 Jahren** Gezerre zwischen Clement und Trittin.
 - Regulator-Einrichtung mit einjähriger Verspätung und erst nach Brüsseler Androhung einer Klage vor dem EuGH gegen die Bundesrepublik wegen weit überschrittener Frist bei der Umsetzung der EU-Beschleunigungsrichtlinien.

Verzögerung, Ankündigung und Beraterrepublik

- **Alibi-Politik:** 7 Jahre zu späte Initiativen von Grün-Rot ohne jede Umsetzung und damit ohne jede Wirkung – interessanterweise alle nach der NRW-Wahl 2005 veröffentlicht:
 - **Energieforschungsprogramm** (Juni 2005)
 - Fatal, da Energieforschung die strategische Grundlage nachhaltiger Energiepolitik ist.
 - BMU-Referentenentwurf **Endlagersuchgesetz** (Juni 2005)
 - Nach 25 Jahren grüner Kritik an Gorleben und 7 Jahren Regierungsverantwortung - ohne Abstimmung mit BMWA.
 - **BMU-Klimaschutzprogramm 2005** (Juli 2005)
 - Fügt sich nahtlos ein in die Partei-PR des BMU der vergangenen Wochen.
 - **Wegweiser Nachhaltigkeit** (August 2005)
 - Aufgrund der desaströsen Bilanz von Grün-Rot in der Frage der Nachhaltigkeit und der inhaltlosen Worthülsen ist die Vorlage des Papiers fast schon absurd.

Verzögerung, Ankündigung und Beraterrepublik

- **Kostspieliger grün-roter Stillstand – Verantwortung verschieben und Probleme aussitzen**
 - **Anspruch:** Seit 1998 energiepolitische Studienvergabe in Höhe von über 50 Mio. €.
 - **Wirklichkeit:** „PStS Andres (BMWA) führt aus, das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit sehe sich nicht in der Lage, hierzu weiter vorzutragen, da es nicht über eigene Erkenntnisse verfüge. Eine Bewertung könne er daher nicht vornehmen.“
(Protokoll der Aussage des PStS Gerd Andres im Bundestagsausschuß für Wirtschaft und Arbeit am 16. Juni 2004 auf die wiederholte Frage, wie das BMWA die zwei in Auftrag gegebenen Gutachten zu den negativen Arbeitsplatzeffekten des EEG bewertet – Gesamtauftragsvolumen der Studien 225.000 €).

Bemerkenswert: Gesamt-Ausgaben von Grün-rot für Berater seit 1998 ca. 2 Milliarden Euro!

Verzögerung, Ankündigung und Beraterrepublik (2)

- **Kostspieliger grün-roter Stillstand – Verantwortung verschieben und Probleme aussitzen**
 - **Anspruch:** Zusätzlich seit 1998 Studienvergabe allein zum Thema nukleare Entsorgung in Höhe von ca. 25 Mio. €
 - **Wirklichkeit:** „Eine angemessene Würdigung der weit reichenden Vorschläge des AK End einschließlich der zugrunde liegenden fachlichen Rahmenbedingungen bedarf einer intensiven Bewertung innerhalb der Bundesregierung. Der Zeitpunkt, zu dem diese Bewertung abgeschlossen sein wird, ist von der Bundesregierung nicht festgelegt worden.“
(PStS Margareta Wolf am 15.9.2003 auf die wiederholte Frage, wann die Bundesregierung den seit Dezember 2002 vorliegenden Endbereich des 1999 von ihr eingesetzten „AK End“ endlich bewertet).
...und ist auch bis heute noch nicht erfolgt.

Inhaltliche Entwertung und Vetternwirtschaft: Ein großer Teil der vom BMU vergebenen Aufträge ging an Parteifreunde und ehemalige Studienkollegen. Ergebnis: mehr als einmal kam es laut Bundesrechnungshof zu Verstößen gegen die Grundprinzipien der wirtschaftlichen Vergabe im Wettbewerb.

Grün-rotes Resultat

Belastung von Stromkunden und Steuerzahlern

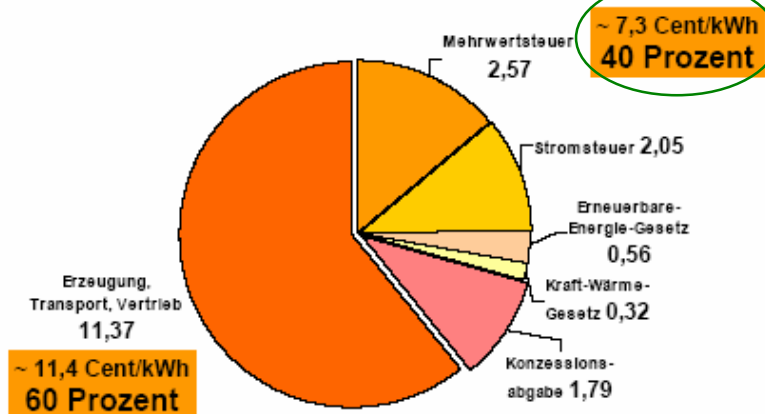
- **Milliardenschwere staatliche Belastungen**

Staatlich verursachte Belastungen aller Stromkunden in Milliarden EUR

	2005	1998
Erneuerbare-Energien-Gesetz*	2,4	0,3
Konzessionsabgabe	2,1	2,0
Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz	0,8	--
Stromsteuer / Ökosteuern	6,6	--
GESAMT	11,8	2,3

*bis 2000: Stromeinspeisungsgesetz

Strompreis in Cent/kWh für einen Haushalt mit
3.500 kWh/A in 2005



Quelle: VDEW

Quelle: VdEW, 2005.

Abkehr vom Rio-Konsens der Nachhaltigkeit

- Das grün-rote (vermeintliche) „**Primat der Politik**“ bedeutet bewusst und gewollt
 - eine **Abkehr**
...von der Definition der Nachhaltigkeit der **UN-Brundtland-Kommission** (1983):
 - *Befriedigung heutiger Bedürfnisse, ohne die Überlebensfähigkeit künftiger Generationen einzuschränken.*
 - und einen **Bruch**
...mit dem Nachhaltigkeitskonsens der Vereinten Nationen von **Rio de Janeiro** (1992):
 - *3-Säulen-Konzept eines ständigen Ausgleiches von Ökonomie, Ökologie und Sozialem (auf die Energiepolitik übertragen: Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit und Klimavorsorge) im Sinne eines fortlaufenden und offenen Lern- und Suchprozesses.*

Vernichtung von Arbeitsplätzen

- **Anspruch:**
 - „**Der volkswirtschaftliche Nutzen der Windenergie ist enorm.**“
(*BMU-Broschüre „Fragen zur Windenergie und anderen erneuerbaren Energien in Deutschland“, Juli 2005*)
- **Wirklichkeit:**
 - „Damit kommen drei verschiedene Gutachten mit unterschiedlichen Modellansätzen und unterschiedlichen Auftraggebern zu dem Ergebnis, dass die langfristigen **Beschäftigungseffekte des Ausbaus der erneuerbaren Energien gesamtwirtschaftlich marginal bis deutlich negativ** (...) sind.“
(*BMWA-Unterrichtung an den Wirtschaftsausschuß des Deutschen Bundestages, 15.6.2004*)

Im Einzelnen:

- „Eine Windkraftanlage vernichtet über 20 Jahre per Saldo acht Arbeitsplätze, multipliziert mit 15.000 Stück in Deutschland wäre dies im Jahr 2020 eine Bilanz von 120.000.“ (*BEI, 2004*)
- „Die neuen Jobs in der Ökostrom-Branche werden durch höhere Energiepreise und geringeren Konsum an anderer Stelle vernichtet.“ (*IWH, 2004*)
- „Bis zum Jahr 2010 kostet das EEG am Standort Deutschland ca. 23.000 Arbeitsplätze.“ (*RWI, 2004*)
- Das Ziel eines Anteils Erneuerbarer Energien von 12,5% am Bruttostromverbrauch im Jahr 2010 „führt zu zusätzlichen Kostenbelastungen für Wirtschaft und Verbraucher, ohne daß eine entsprechende Entlastung der Kohlendioxyd-Bilanz zu erwarten ist“. Zudem ergäben sich im Gegensatz zu den Darstellungen des Bundesumweltministeriums „langfristig keine positiven Arbeitsplatzeffekte“. (*Internes Papier des BMWA, Juni 2004*)

Ökologischer Offenbarungseid und Miskreditierung der Ökologie

- Trotz immenser volkswirtschaftlicher Anstrengungen nationales **Klimavorsorgeziel 2005** (- 25 % CO₂ gegenüber 1990) sehr weit **verfehlt** – und das obwohl in Deutschland unter sieben Jahren Grün-rot nahezu kein Wirtschaftswachstum stattgefunden hat.
 - „Schröder bricht Kohls Wort. Deutschland könne sein nationales Klimaziel nicht mehr schaffen, schreiben die Wirtschaftsforscher vom DIW.“
(*die tageszeitung*, 25.9.2003)
- „Die positive Grundeinstellung der Öffentlichkeit zum Umweltschutz könnte sich jedoch in ihrer Gegenteil verkehren, wenn erst die Erkenntnis reift, daß sie einer wissenschaftlich verbrämten Ideologie aufgesessen ist, die weniger die Rettung der Welt als den Interessen einer Partei und deren Klientel dient. Das **Ende des ökologischen Zeitalters** hätten dann die Grünen selbst herbeigeführt.“
(*Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*, 30.5.2004)
- „Irgendwie haben wir die **Faxen dicke** von diesem merkwürdig mokanten Lächeln, mit dem er [Trittin] uns den Atomausstieg, das Dosenpfand und das Flussbaden gleichermaßen andienen will, aber in Wahrheit die Weltrevolution meint, der wasserscheue Geheimkommunist im Tarnanzug.“
(*Handelsblatt*, 22.7.2005)

Ökonomische und ökologische Ineffizienz

Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung

Ein Muster ohne Wert

Anspruch: Nachhaltigkeit als Leitbild jedweder Politik

- **„Die Bundesregierung hat Nachhaltigkeit als Querschnittsaufgabe erkannt und macht sie zu einem Grundprinzip ihrer Politik. (...) Weit über die ökologische Herausforderung hinaus dient die Strategie als Handlungsanleitung für eine umfassende zukunftsfähige Politik, um der Generationen übergreifenden Verantwortung für eine ökonomisch, ökologisch und sozial tragfähige Entwicklung gerecht zu werden.“**

(Bundesregierung: Perspektiven für Deutschland. Unsere Strategie für eine nachhaltige Entwicklung, April 2002).

Wirklichkeit: Einhellig negative Bestandsaufnahme der Nachhaltigkeitspolitik der Bundesregierung

- „Am Rande des Weltwirtschaftsforums in New York enthüllten Umweltexperten der Yale- und der Columbia-Universität eine Rangliste, die für die Berliner Regierung wenig schmeichelhaft ist: Von 142 untersuchten Ländern belegt Deutschland auf dem **Environmental Sustainability Index (ESI)** Platz 50, kurz hinter den viel gescholtenen Vereinigten Staaten.“

ESI:	(Platz 1)	Finnland
	...	
	...	
	(Platz 45)	Vereinigte Staaten von Amerika
	...	
	(Platz 49)	Weißrussland
	(Platz 50)	Deutschland
	(Platz 51)	Papua Neu Guinea

- „Über das Ranking entscheidet unter anderem auch, wie gut eine Nation gewappnet ist, zukünftige Herausforderungen zu bewältigen. Dass es darum hierzulande, wie in den meisten anderen Industrieländern, nicht zum besten steht, bestätigt nun auch das Umweltbundesamt (UBA). ‚Grundlegende Trends‘ gingen, wie gehabt, ‚in die falsche Richtung‘, heißt es in einem Report der Bundesbehörde. (...) Welchen Bereich auch immer die Fachleute unter die Lupe nahmen, das Ergebnis war stets das gleiche: (...) Nachhaltigkeit sei ‚der rote Faden der Reformpolitik dieser Bundesregierung‘, erklärte Bury im Dezember. Solch Eigenlob zu wiederholen dürfte ihm nach Vorlage des UBA-Berichts schwer fallen.“

Anspruch: Naturschutz und geringere Flächeninanspruchnahme

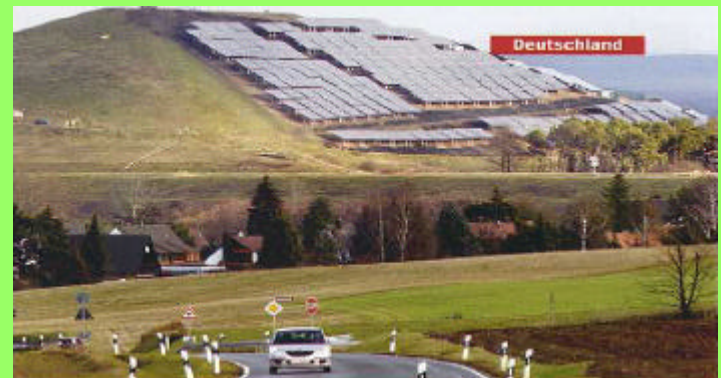
- **„Zu wenig machen wir uns bewusst, dass auch die unbebaute Landschaft eine begrenzte Ressource ist. (...) Durch Flächeninanspruchnahme und -zerschneidung nimmt der Lebensraum für Tiere und Pflanzen ebenso ab wie die Erholungslandschaften für die Menschen, die am Wochenende immer weitere Strecken zurücklegen, um in die Natur zu kommen. Künftig wollen wir deshalb den Landschaftsverbrauch zurückführen (...).“**

(Bundesregierung: Perspektiven für Deutschland. Unsere Strategie für eine nachhaltige Entwicklung, April 2002).

Wirklichkeit: Ungebremst zunehmende Landschaftsversiegelung

„Noch keine Trendwende bei der Flächeninanspruchnahme in Sicht. Deutschland muss mehr für das Flächensparen tun.“ (PM des UBA, 6.11.2003)

- „Es darf nicht verkannt werden, dass zwischen moderner Windenergie-Nutzung und den Belangen des Naturschutzes und der Landschaftspflege Konflikte entstehen können. (...) Das Windenergie-Potenzial in Deutschland ist um ein Vielfaches größer als das ökologisch wünschenswerte Ausbauziel für den Beitrag der Windenergie zur Energieversorgung. (...) Standorte von Windenergie-Anlagen sind landschaftsästhetisch zu optimieren und in die Kulturlandschaft schonend einzufügen. (...)“
(BUND: Windenergie, Oktober 2001).
- „Die Vorteile, die PV-Anlagen auf Dach- und Fassadenflächen bieten können, werden nicht genutzt, wenn sie auf Freiflächen errichtet werden. Dann erhöht auch die Photovoltaik den ohnehin schon beklagenswerten Flächenverbrauch und trifft auf die Ablehnung vieler Menschen, die ansonsten die Notwendigkeit einer Umstellung auf erneuerbare Energien durchaus bejahen. Den Flächenverbrauch und die Verringerung der Akzeptanz können und wollen wir vermeiden.“
(Solarenergie-Förderverein, Juli 2003).



Photos: Der Spiegel 9/2004 und 14/2004

Ähnlich: „Rot-Grün verhindert Solarpark im Saarland. Sonnenenergieanlage der Shell AG kann nicht gebaut werden, weil SPD-Gemeindevertreter dagegen stimmten. Auch der Umweltverband BUND lehnt das Projekt ab.“ (die tageszeitung, 29.3.2005.)

Taschenspielertricks des Bundeskanzlers zu Lasten der Entwicklungsländer

- **Unverantwortliche Reduzierung der Bundesmittel für Energieprojekte in Entwicklungs- und Schwellenländern**
 - **Anspruch:**
Zwei „500 Millionen Euro“-Programme werden von Schröder und Grün-rot als zusätzliche Mittel öffentlichkeitswirksam verkündet (u.a. beim Weltgipfel in Johannesburg 2002)
 - **Wirklichkeit:**
De facto handelt es sich nicht um zusätzliche Mittel, sondern schlicht um den kumulierten Etat für die Jahre 2003 bis 2007 und das bedeutet sogar eine Reduzierung der jährlichen Bundesmittel auf gerade einmal 200 Millionen Euro durch Grün-Rot. Der Mittelabfluss verläuft darüber hinaus mehr als stockend.
 - Zum Vergleich: Deutschland gibt jedes Jahr die 20fache Summe (4 Mrd. €) für die inländische Förderung Erneuerbarer Energien aus! Nicht berücksichtigt dabei: Folgekosten, Investitionszuschüsse und steuerliche Abschreibungsmöglichkeiten.

Die realen Anforderungen: 1 Milliarde Menschen leben weltweit ohne Zugang zu Energie. Erneuerbare Energien können in Entwicklungsländer nur dann eine nachhaltige Rolle übernehmen, wenn ein ausreichender Know How- und Kapital-Transfer stattfindet. Hierzu hat eine G8-Task-Force einen Bericht vorgelegt, aus dem sich ergibt, dass für die Versorgung von einer Milliarde Menschen ein Kapitalbedarf von ca. 500 Milliarden US\$ bis 2020 benötigt würde.

Drastische Rückführung der staatlichen Energieforschung

- ...das wahrscheinlich größte und schwerwiegendste Versäumnis von Grün-rot in der Energiepolitik zum Nachteil kommender Generationen:

Keine Investitionen in die Zukunft und das trotz des von Bundesregierung selbst formulierten Nachhaltigkeitsanspruchs und trotz PR-Offensiven wie dem „Jahr der Innovation“ (2004) und dem „Einstein-Jahr“ (2005).

– Durchschnittliche Ausgaben des Bundes für Energieforschung:

- **1991-1998: 500 Mio. €a**
- **1999-2004: 390 Mio. €a**

- Darüber hinaus
 - hat Grün-rot erst 2005 (!) ein Energieforschungsprogramm vorgelegt und
 - schränkt Grün-rot durch ideologische Vorgaben und Verbote die eigentlich offene Energieforschung zum Nachteil des Forschungs- und Wirtschaftsstandortes erheblich ein.

Gar nicht klischeetreu: 1992 waren die Ausgaben des Bundes für Forschung im Bereich erneuerbare Energien und rationelle Energieverwendung 10 % höher als 2003. Und im internationalen Vergleich: Deutschland wendet etwa 0,13 % des BIP für die staatliche Energieforschung auf. Die oft für ihre Energiepolitik von Grün-rot gescholtenen USA ca. 0,27 % ihres BIP, ebenso wie Frankreich, Japan sogar etwa 0,86 %.

Grün-Rote Klimavorsorge

**„Tal der Ahnungslosen“ und
Scheitern**

Anspruch: Klimavorsorgeambitionen

- **CO₂-Minderungsziel 2005**

„Minderung der Emissionen von Kohlendioxid bis 2005 gegenüber 1990 um 25%.“

(Nationales Klimaschutzprogramm der Bundesregierung, 2000)

Anspruch: Klimapolitisches Maßnahmenbündel in der Theorie

- Auszug Nationales Klimaschutzprogramm 2000**

Nr.	Bezeichnung der Maßnahme	Minderung von Treibhausgasemissionen bis 2005 ggü. 1990
1	Ökologische Steuerreform	10 Mio. t CO ₂
4 + 47	Energieeinsparverordnung (EnEV)	4 – 10 Mio. t CO ₂
6	Förderungsprogramm zur Energieeinsparung im Gebäudebestand inkl. der Durchführung von Energiediagnosen	5 – 7 Mio. t CO ₂
43	Kraft-Wärme-Kopplung (KWK)-Langfristprogramm	10 Mio. t CO ₂
56	Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG)	10 Mio. t CO ₂
57	Markteinführungsprogramm für erneuerbare Energien	2,5 Mio. t CO ₂
58	100.000-Dächer-Photovoltaikprogramm	0,2 Mio. t CO ₂

Zum Vergleich: Durch eine Erneuerung des fossilen Kraftwerksparkes (60-70 Mio. t CO₂/a) und eine energetische Sanierung des Gebäudebestandes (50-70 Mio. t CO₂/a) könnten immense Einsparpotentiale effizient erschlossen werden - unter Ausnutzung „natürlicher“ Investitionszyklen und damit ohne umfangreiche Förderung.

Wirklichkeit: Nicht erkennbarer Effekt grüner klimapolitischer Maßnahmen

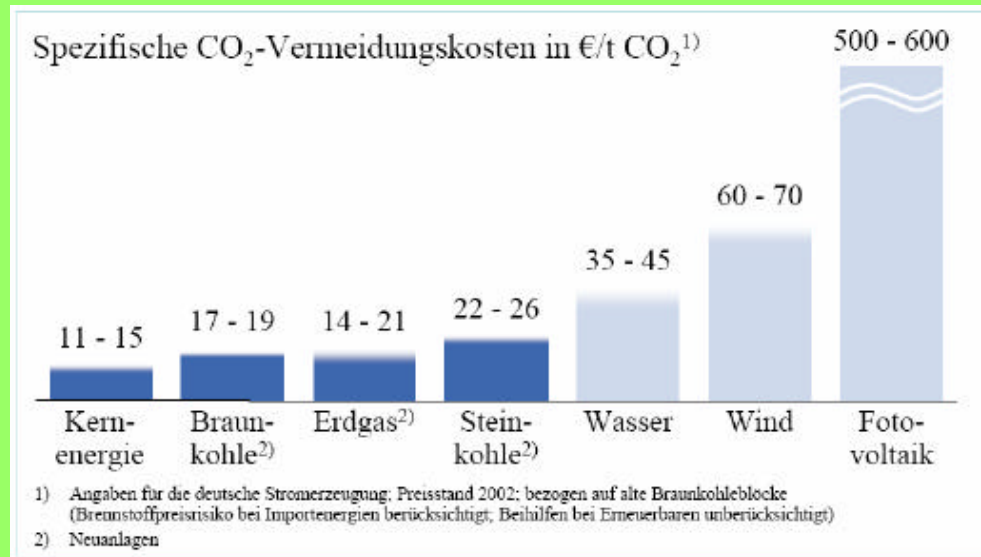
- **Nach Aussagen der Bundesregierung (IV. Quartal 2003 – II. Quartal 2004):**
 - **Erzeugung (EEG):** „Die tatsächlich eingesparte Primärenergie lässt sich nur hypothetisch berechnen, weil die in jedem konkreten Fall verdrängte Stromproduktion nicht zu ermitteln ist. (...) Allerdings ist bei der Bewertung des vermiedenen Primärenergieverbrauchs auch der zusätzliche Regellenergiebedarf infolge der Einspeisung regenerativ erzeugten Stroms zu berücksichtigen. Belastbare Daten liegen hierzu gegenwärtig noch nicht vor.“
 - **Erzeugung (KWKG):** „Für eine Beurteilung der [klimapolitischen] Gesetzeswirkungen ist es daher zu früh.“
 - **Gebäude (EnEV):** „Der Bundesregierung liegen daher noch keine Erkenntnisse zum Umfang der Einsparung von Primärenergie und CO₂-Minderung vor, die auf die EnEV zurückzuführen sind.“
 - **Verbrauch (Ökosteuer):** „Die Bundesregierung weist darauf hin, dass es keine konkret gemessenen bzw. statistisch erhobenen Daten über die tatsächlich durch die Ökosteuer erfolgten Einsparungen gibt.“
 - **Verkehr:** „Schätzungen über die aktuellen Emissions- und Energieverbrauchsreduzierungsbeiträge liegen nicht vor.“

Wirklichkeit: Desolate Klimavorsorgebilanz – Ziel verfehlt

- **Einzig die von der deutschen Industrie und Energiewirtschaft freiwillig erbrachten umfangreichen Leistungen der letzten Jahre retten die grün-rote CO₂-Bilanz. Vor allem im Gebäudebestand und im Verkehr greifen die grün-roten Maßnahmen überhaupt nicht:**
 - „Die für ein Erreichen dieses Ziels [- 25% CO₂ bis 2005 ggü. 1990] notwendige weitere Emissionsreduktion um etwa 85 Mio. t (temperaturbereinigt) scheint bis zum Jahr 2005 nicht mehr realisierbar. (...) Die Bundesregierung hat dieses Ziel mittlerweile offiziell aufgegeben.“
(Umweltgutachten 2004 des Rates von Sachverständigen für Umweltfragen)
 - „1998 im Koalitionsvertrag – „Ehrgeizige Ziele: Die CO₂-Emissionen sollen bis 2005 um 25 Prozent reduziert werden. Tatsache aber ist: Zwischen 1999 und 2003 stieg der Kohlendioxid-Ausstoß in Deutschland sogar an, um geschätzte 8 Millionen Tonnen.“
(ARD-Magazin Monitor, 3.6.2004)
 - „Die energieverbrauchsbedingten CO₂-Emissionen in Deutschland sind im Jahr 2004 praktisch unverändert geblieben. Damit setzte sich die schon seit einigen Jahren erkennbare Tendenz einer nur noch sehr verhaltenen Emissionsminderung fort, so der aktuelle Wochenbericht des DIW Berlin 9/2005. In Anbetracht der bisherigen Reduktion der CO₂-Emissionen um lediglich 16 % gegenüber 1990 ist inzwischen das frühere nationale Reduktionsziel der Bundesregierung, die CO₂-Emissionen bis 2005 gegenüber 1990 um ein Viertel zu senken, aufgegeben worden.“
(PM des DIW, 2.3.2005)

Anspruch: Auf der Energienachfrageseite liegen erhebliche, effizient erschließbare Einsparpotentiale

- Mit 0-10 €/t CO₂ ist die Option der **Energieeinsparung im Gebäudebereich** das **kostengünstigste Instrument** zur nationalen Klimavorsorge.
- Alle anderen Instrumente sind teurer:



Quelle: RWE, 2004.

Kosten infolge Emissionshandel: 5-30 €/t CO₂.

Wirklichkeit: Grün-rot vernachlässigt sträflich die Option der Energieeinsparung

- **Grün-rote Einstellung und grün-rotes Handeln in Sachen Energieeinsparung:**
 - „Die Bundesregierung plant keine Zivildienstleistungen im Bereich (...) der Energieeinsparung [im Gegensatz zum Bereich Erneuerbare Energien] zu ermöglichen. Ein solcher Einsatz wäre **aus umweltpolitischer Sicht (...) wenig sinnvoll.**“
(Antwort der Bundesregierung auf eine Parlamentarische Anfrage, 22.12.2004)
 - Der Entwurf des Haushaltsansatzes von Grün-rot für 2005 sieht gegenüber dem Vorjahr nahezu eine **Halbierung der Kredit-Mittel** zur wärmetechnischen Sanierung von Altbauten von 360 Millionen Euro auf 200 Millionen Euro vor.
 - Die **EnEV** setzt **völlig unzureichender** Weise in erster Linie beim Neubau an und greift im Baubestand nahezu gar nicht.
 - „In der Debatte um den Klimaschutz fordert der Präsident des Umweltbundesamtes (UBA), Andreas Troge, ein **Umdenken in Deutschland:** Statt ständig ‚über das Energieangebot zu reden, muss die Debatte auch bei der Nachfrage ansetzen‘, sagte er (...).“
(Handelsblatt, 15.4.2004)

Wirklichkeit: Grün-rot hat nach 7 Jahren überhaupt kein Konzept für Energieeinsparungen im Verkehrsbereich

- **Kaum zu glauben: Der Gebäudebereich wird völlig vernachlässigt, für den Verkehr gibt es nicht einmal ein Konzept, geschweige denn vorzeigbare Erfolge.**
 - „In der Bundesregierung ist ein Streit darüber ausgebrochen, wer für das Verfehlen der deutschen Klimaschutzziele verantwortlich ist. Umweltminister Jürgen Trittin forderte Verkehrsminister Manfred Stolpe auf, umgehend Vorschläge und Maßnahmen zur Minderung der Treibhausgasemissionen in seinem Ressort vorzulegen. (...) Das Bundesverkehrsministerium hat noch keinen Maßnahmenplan mit konkreten Reduktionszielen für Kohlendioxid vorgelegt, wie ein Sprecher Stolpes bestätigte. Man sein davon ausgegangen, dass der federführende Umweltminister im Entwurf des Nationalen Klimaschutzprogramms Vorschläge unterbreiten werde.“
(Financial Times, 14.2.2005)
 - „Pläne, wie das Verkehrs- und Bauministerium unter Minister Manfred Stolpe einen Beitrag zum Klimaschutz leisten könnte, gibt es dem Vernehmen nach nicht. (...) ‚Stolpe muss in den nächsten Wochen einen Plan vorlegen, wie er gedenkt, das Klimaschutzziel zu erreichen‘, fordert der Verkehrsexperte der Grünen, Albert Schmidt.“
(Stuttgarter Zeitung, 31.3.2004)

Allheilmittel Schiene? Der Strommix der Deutschen Bahn: 35 % Steinkohle, 18 % Braunkohle, 23 % Kernenergie, 13 % Erdgas und 11 % Erneuerbare. (Quelle: TAM 07/05).

Energiepolitik als Stückwerk ohne Gesamtkonzept

**Technologische Ideologie,
Instrumentenwirrwarr und volkswirtschaftliche
Verwerfungen**

Anspruch: Nationaler „Ausstieg“

- **Die international führenden Sicherheitsstandards passen natürlich nicht in die üblichen Bedrohungsszenarien der Bundesregierung:**
 - „Wegen ihrer großen Sicherheitsrisiken mit der Gefahr unübersehbarer Schäden ist die Atomkraft nicht zu verantworten.“
(Koalitionsvertrag 1998.)
 - Entsprechend: Ziel des neuen Atomgesetzes (2002):
Beendigung der friedlichen Nutzung der Kernenergie in Deutschland.

Natürlich: Auch hier folgt die weniger öffentliche Relativierung bei Grün-Rot wieder auf dem Fuße: „(...) *stimmen beide Seiten überein, dass die Kernkraftwerke und sonstigen kerntechnischen Anlagen auf einem international gesehen hohen Sicherheitsniveau betrieben werden. (...) Während der Restlaufzeiten wird der von Recht und Gesetz geforderte hohe Sicherheitsstandard weiter gewährleistet.*“ (Vereinbarung zwischen Bundesregierung und Energieversorgungsunternehmen vom 11.6.2001.)

Wirklichkeit: „Innen hui, außen pfui“

- ...und der Kanzler wie gehabt: „**Politik wie es gerade beliebt**“.
 - Während der Kanzler mittelfristig in Deutschland die friedliche Nutzung der Kernenergie für nicht verantwortbar hält, wirbt er zunächst für einen Verkauf der Hanauer Brennelementefabrik nach China und will jüngst den Iran bei der Stromerzeugung aus Kernenergie großzügig mit Know-How und Kapital unterstützen:
 - „Die Europäer sind bereit, was die friedliche, die zivile Nutzung angeht, [dem Iran] weitreichende Zugeständnisse zu machen.“
(*Bundeskanzler Schröder, 2.8.2005*)

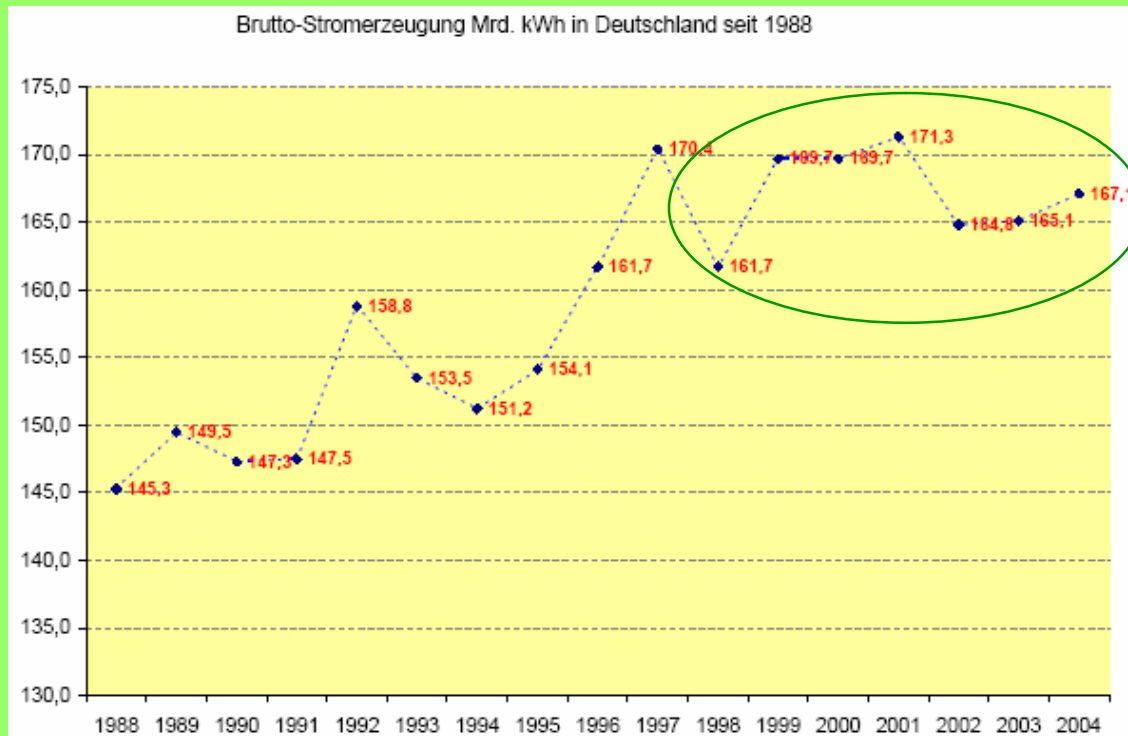
Doppelt absurd: Aufgrund des grün-roten Forschungsverbots für die Reaktorentwicklung und des von Grün-rot angeordneten Rückzuges deutscher Experten aus internationalen Sicherheitsgremien, hat Deutschland bereits heute keine Mitsprache mehr, was internationale Sicherheitsstandards (so auch im Iran) angeht und wird auch bald über kein Know-How mehr verfügen, um die internationale Entwicklung positiv beeinflussen zu können. Durch den national vorgesehenen „Ausstieg“ haben deutsche Experten ohnehin jedwede Glaubwürdigkeit und Legitimation in diesen Gremien verloren.

Anspruch: Nationaler „Ausstieg“

- Der grün-roten Klientel wird suggeriert der „Ausstieg“ sei bereits in vollem Gange.
 - „Per Gesetz haben wir den Atomausstieg durchgesetzt.“
(Trittin in BMU-Broschüre „Obrigheim – Magazin zum Abschalten“, Mai 2005)
 - „Der Atomausstieg greift.“
(PM des BMU, 16.7.2004)
 - „Das ist ein gutes Signal und es zeigt, dass die Atomenergie in Deutschland keine Zukunft mehr hat.“
(Bundesumweltminister Trittin zur Abschaltung von Stade in Spiegel Online, 14.11.2003)
 - „Schroeren schizofren“: „Was die Atomlobbyisten gerne verschweigen: Atomausstieg kam 2004 einen großen Schritt voran. Zu der heutigen Meldung (...) über das ‚tolle‘ Produktionsergebnis der deutschen Atomkraftwerke erklärt der Sprecher des Bundesumweltministeriums, Michael Schroeren: ‚Dank der (...) gerühmten Produktivität der deutschen Atomkraftwerke ist der Atomausstieg im zurückliegenden Jahr zügig vorangeschritten. (...) Da kann man nur sagen: Weiter so!‘“
(PM des BMU, 25.1.2005)

Wirklichkeit: „Ausstieg“ bisher grün-roter Etikettenschwindel

- Nie zuvor soviel Strom aus Kernenergie wie unter Grün-rot



Quelle: Deutsches Atomforum e.V., 2005.

Und: Das KKW Isar 2 wurde 2005 zum sechsten Mal in Folge Weltmeister in der Stromproduktion, unter den internationalen Top-Ten befinden sich jedes Jahr ca. 5 deutsche Anlagen – und das unter Grün-Rot. Unter Grün-rot wurde das Endlager „Schacht Konrad“ und die Pilotkonditionierungsanlage Gorleben genehmigt.

Anspruch: Nationaler „Ausstieg“

- Deutschland als Vorbild und Vorreiter: **„Am deutschen Wesen, soll die Welt genesen.“**
 - „Ein zweiter wichtiger Aspekt ist der Vorbildcharakter und die politische Ausstrahlung ins Ausland. Mit Deutschland demonstriert eines der wichtigsten Industrieländer und eines der größten Energieverbraucher, dass es (...) möglich ist, die Nutzung der Atomkraft (...) zu beenden und eine Weichenstellung hin zu einem nachhaltigen Energieweg vorzunehmen. Diese Vorbildfunktion ist angesichts der Atompolitik in anderen Ländern nicht zu unterschätzen.“
(Michael Müller MdB und Peter Henricke: Weltmacht Energie: Herausforderung für Demokratie und Wohlstand. Stuttgart 2005.)

Wirklichkeit: Kein relevanter Industriestaat folgt dem deutschen „Ausstiegs“-Vorbild

- **Die Praxis in den Industriestaaten:** Da ja Deutschland das „Richtige“ tut, müssen wohl alle anderen „falsch“ liegen.
 - USA: „Laufzeitverlängerung“ auf 60, neue KKW geplant
 - Japan: 3 Blöcke im Bau
 - Großbritannien: Neubau von Blair in die Diskussion gebracht
 - Frankreich: Entscheidung für EPR als Serienvorläufer
 - Kanada: Zusätzlich zu den am Netz befindlichen KKW Wiederinbetriebnahme von bereits stillgelegten Blöcken
 - China: Bau von 4 + 4 neuen KKW, weiterer Ausbau um 30 GW bis 2020
 - Italien: Beteiligungen an KKW-Kapazitäten im Ausland
 - Finnland: Bau eines 5. KKW, 6. Block diskutiert
 - Schweden: KKW-Kapazitätssteigerung durch Leistungserhöhung

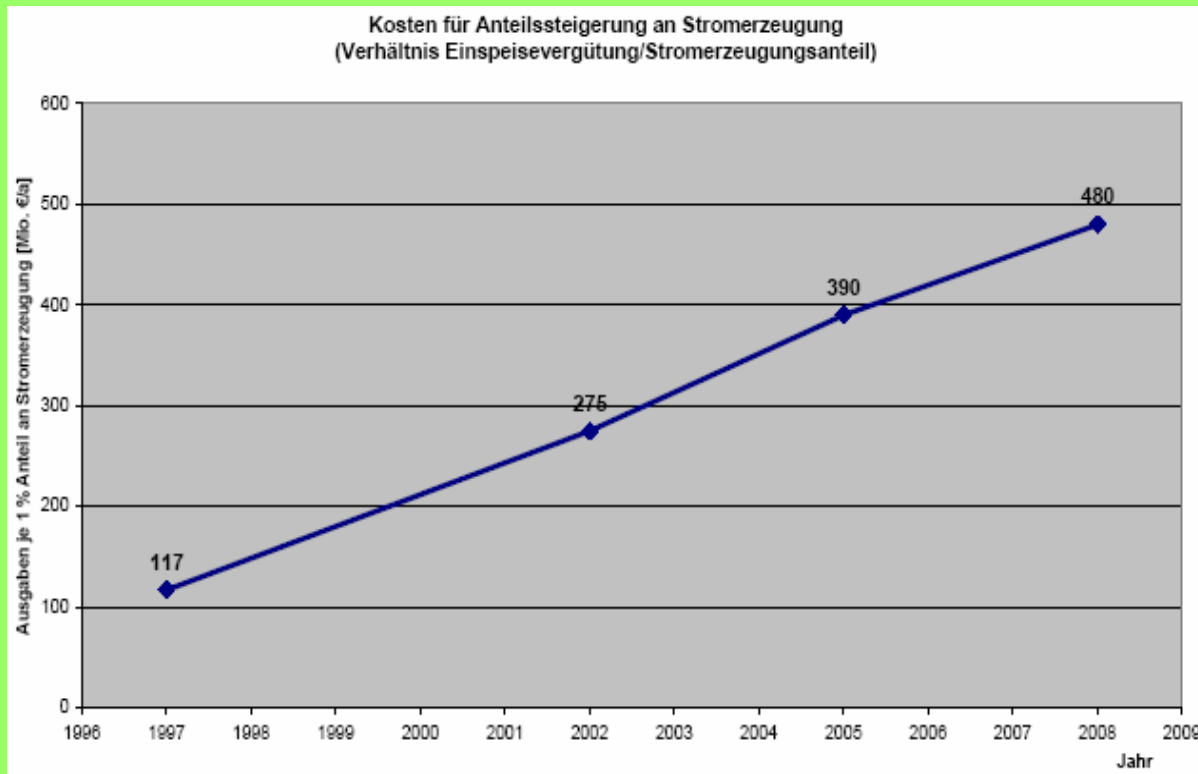
Anspruch: Erneuerbare werden in Deutschland in der Massenanwendung günstiger

- **Unwissen oder bewusste Falschinformation?**
 - „Verdopplung der Erneuerbaren Energien darf nicht heißen, Verdopplung der Kosten“
(Rolf Hempelmann MdB, Energiepolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion in Plenardebatte am 6. Juni 2003)

Mehr noch: 2002 kündigte Hempelmann im Deutschen Bundestag endlich ein Energiekonzept der Bundesregierung an. Ergebnis: In 7 Jahren grün-rot ist die Vorlage eines Energiekonzeptes durch Grün-rot natürlich nicht geschehen, es bleibt bei energiepolitischem Stückwert, das stark an einen Flickenteppich erinnert.

Wirklichkeit: Ineffizienz des Fördersystems führt zu exponentieller Kostensteigerung

- **Je größer der Anteil, desto höher die Kosten:**
Anteilssteigerung der Erneuerbaren um 25 % an der deutschen Stromversorgung von 2002 auf 2005 hat im EEG etwa zu einer **Verdopplung** der Kosten geführt, eine Anteilssteigerung um 50 % von 2002 auf 2008 bedeutet nahezu eine **Verdreifachung** der Kosten. Hinzu kommen Kosten für Regelleistung, Netzverstärkungen bzw. –ausbau, „Vorfahrt für Wind“ etc.



„Ausstieg“ dank „Sonne, Mond und Sterne“?

- **Anspruch:**

- „Die dort abgeschalteten 357 Megawatt sind längst durch moderne, klima- und menschenfreundliche Energien aus Sonne, Wind, Biomasse, Erdwärme und Wasser ersetzt worden.“

(BMU zur Substitution von Obrigheim in seiner Broschüre „Obrigheim, Magazin zum Abschalten“, Mai 2005.)

- **Wirklichkeit:**

- Als Ersatz für das klimaneutrale, sichere und wirtschaftliche KKW Obrigheim werden vom Betreiber zwei „Uralt-CO₂-Schleudern“ entmottet und wieder angeworfen: ein Heizölkraftwerk (Baujahr 1974) und ein Kohlekraftwerk (Baujahr 1964).

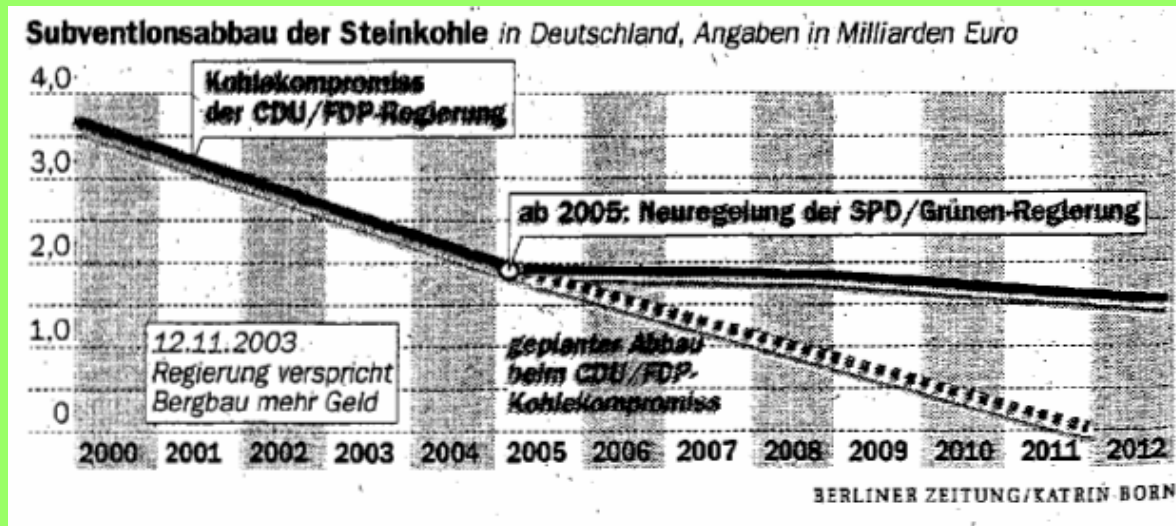
Anspruch: Beendigung der nationalen Steinkohlesubventionen durch Bündnis 90/Die Grünen

- „Eines wird daher auf keinen Fall eintreten: dass das unternehmerische Risiko wieder beim Steuerzahler abgeladen wird.“
(Bundesumweltminister Jürgen Trittin in Süddeutsche Zeitung 1.10.2004)

Zweierlei Maß: Und warum trägt der Stromkunde dann beim EEG und beim KWKG das unternehmerische Risiko anstelle der Betreiber?

Wirklichkeit: Aufhebung der Degression bei den Steinkohlesubventionen

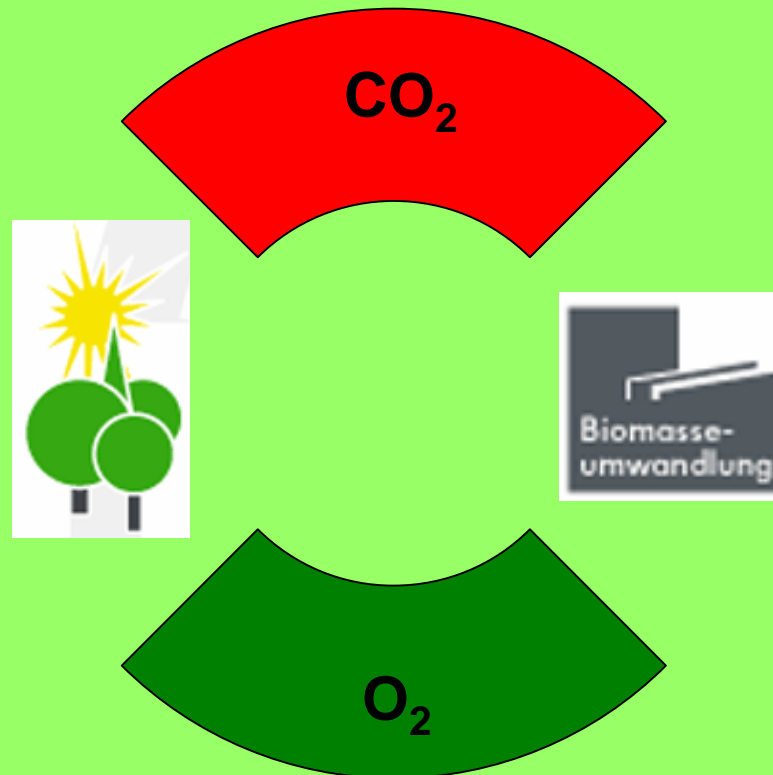
- ...mit Zustimmung von Bündnis 90/Die Grünen



Quelle: Berliner Zeitung, 24.11.2003.

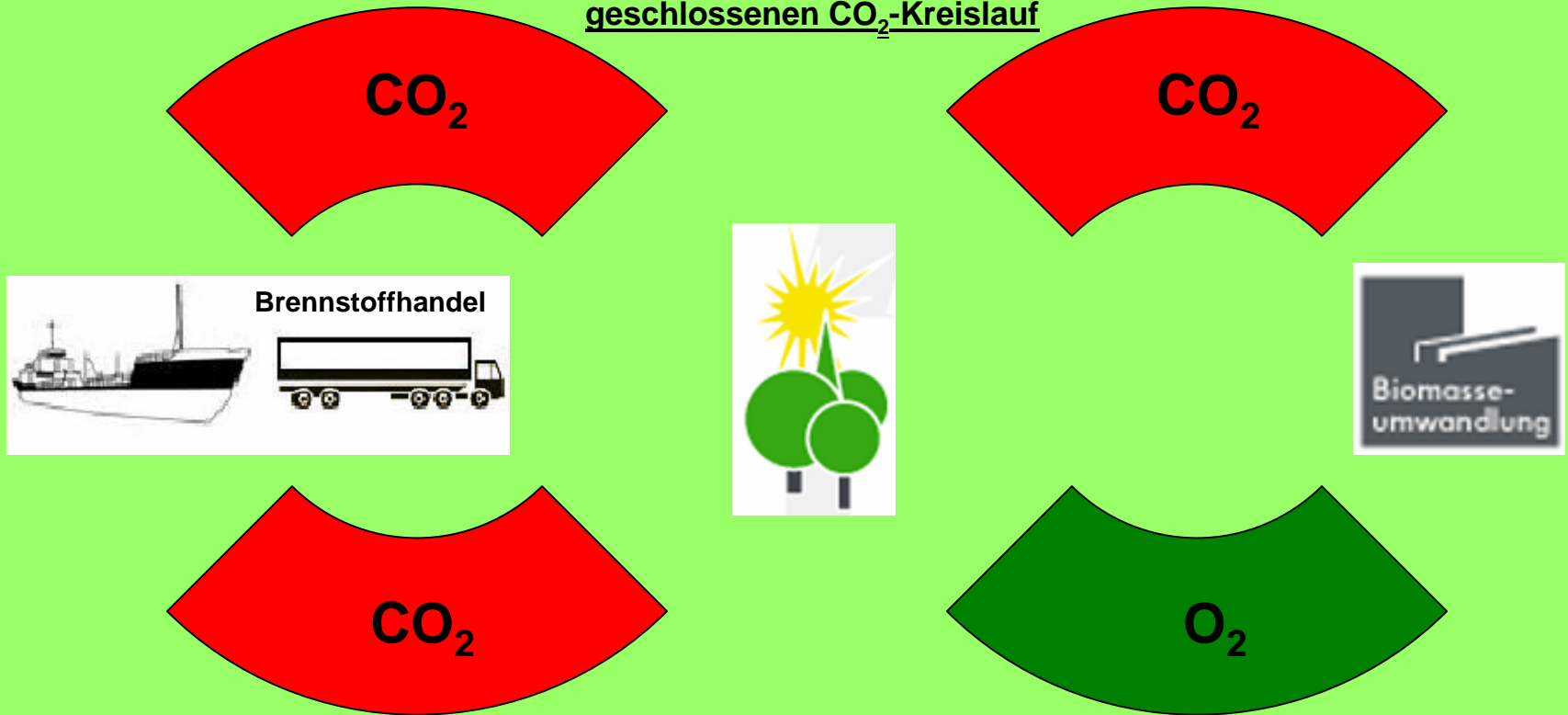
Anspruch: Vorteile der klimaneutralen dezentralen Biomasseverstromung nutzen

Der geschlossene CO₂-Kreislauf der dezentralen Biomasse
(bei verbrauchsnaher Rohstoffproduktion)



Wirklichkeit: In der Massenanwendung büßt die Biomasse ihre Klimaneutralität ein – infolge von Brennstofftransport und -produktion (intensive Landwirtschaft, Brandrodung etc.)

Der globale Brennstoffhandel durchbricht den geschlossenen CO₂-Kreislauf



Ein Beispiel: bei einem Zubau von 2.100 MW in Deutschland ergibt sich ein jährlich zu transportierender Brennstoffbedarf von etwa 465.000 40-Tonner-LKW; Netto-Subventionierung durch das EEG dabei: ca. 1,2 Mrd. €/a.

Wirklichkeit: Teilweise Problemverschärfung in Entwicklungsländern durch nationale Politik

- „Wir werden Importe bekommen aus Ländern, die zu günstigeren Bedingungen Biokraftstoff herstellen können (...) Leider mit hohen ökologischen Schäden (...) Denn das Abholzen von Urwäldern, das immer noch stattfindet, hat logischerweise auch hohe Klimagasrelevanz. Und zwar höher als eingespart wird.“

(Sachverständiger des Umweltbundesamtes zur Import-Problematik nachwachsender Rohstoffe bei der öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit des Deutschen Bundestages zur EEG-Novelle am 8. März 2004)

- „(...) bei weiterer Verbreitung werden zur Produktion eigene ‚Energiefarmen‘ benötigt. Die energetische Nutzung steht dann im Wettbewerb zu anderen Nutzungen, insbesondere der Nahrungsmittelproduktion.“

(RWE: Weltenergiereport 2003; zur Biomassenutzung)

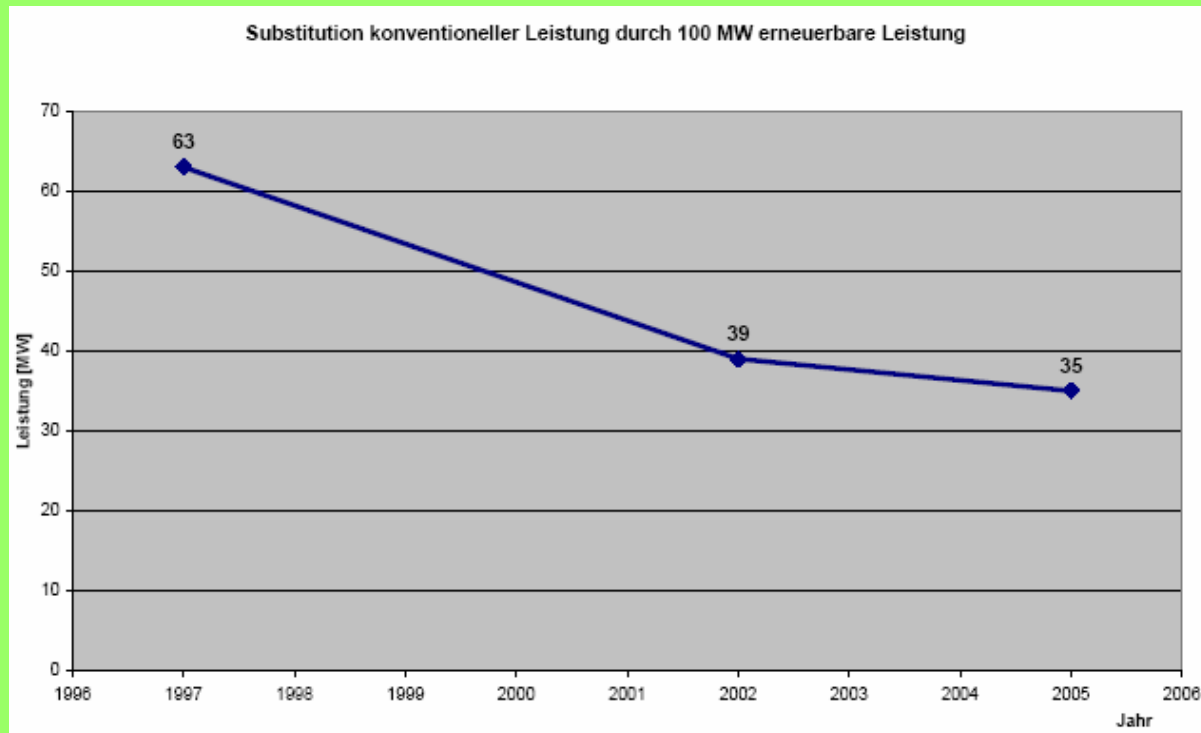
„Vorfahrt für Wind“ oder die „Geister die Grünrot rief“

- **Anspruch:**
Energiewirtschaftlich sinnvolle Windenergie
- **Wirklichkeit:**
Ergebnis der dena-Studie 2005: Für 100 MW installierte Leistung Windenergie müssen 94 MW fossiler Kraftwerksleistung vorgehalten werden.
 - **Unverantwortlich, die Erste:** Dieses Studien-Ergebnis wurde bewußt bis zur Verabschiedung der EEG-Novelle 2004, die einen weiteren Ausbau der Windenergie ermöglicht, zurückgehalten. Und das, obwohl bereits vor der EEG-Novelle bekannt war, daß Netzkapazität und –stabilität in Deutschland infolge des Windenergiezubaus massiv beeinträchtigt waren. Polen und die Niederlande beschwerten sich bereits seit geraumer Zeit über den deutschen Windstrom in ihren Netzen. Nichts desto trotz dürfen Windenergieanlagen bei akuter Gefährdung der Netzstabilität bis heute nicht geregelt werden, haben sogar Vorfahrt vor dem ebenfalls geförderten KWK-Strom.
 - **Unverantwortlich, die Zweite:** Statt sofort die Mißstände anzugehen, läßt die Bundesregierung eine zweite dena-Studie in Auftrag geben und vergrößert damit mit jedem Tag die Gefahr eines Black-Outs.

Die Dimensionen: Der Zeitaufwand für den Leitungsbau in Deutschland beträgt etwa 10 bis 12 Jahre.

Wirklichkeit: Mangelnde Effizienz

- Durch den steigenden Anteil der Windkraft (vor allem auch in windschwachen Regionen) sinkt die Substitutionskraft der Erneuerbaren Energien insgesamt.



Wirklichkeit: Windkraft als die eigentliche zentrale und verbraucherferne Energie – nicht etwa die Kernkraft

Leistung: 17.000 MW on-shore
25.000 MW off-shore (geplant)

Stromerzeugung: ca. 28 TWh/a (gesamt: ca. 110 TWh/a)

Leistung: 21.000 MW

Stromerzeugung: ca. 170 TWh/a



 Verbraucherzentrum  KKW in Betrieb

Quelle: Eigene Darstellung und Deutsches Atomforum e.V.

Anspruch: Technisches und moralisches Allheilmittel Solarenergie

- ...und dann auch noch der „Segen von oben“ - Kirche als Imagerträger einer „besseren“ Technologie.

Quelle: DBU, 2001.

Kirchengemeinden für die Sonnenenergie



DBU
Deutscher Bundestag
Wir fördern Innovationen.

„Sonnig bedacht und Gott
'ne Freude gemacht“
Leitgedanke der Kirchengemeinde Tirtling


Stiftung durch die
Kirchengemeinde Tirtling
Ravolock-Kolbenstr. 10
92247 Tirtling



SONNENERGIEBIG
für den "Friedstucker"
der Evangelischen Kirche
Ravolock-Kolbenstr. 10
Tirtling

durch ökologische Solaranlage

GEMEINDEBRIEF
der Pfrd. Kirchengemeinde
Ludwigshafen-Kirchhofheim



Solar-Aktie
Wert ... 20% ... Euro
Sommer 2002

Bericht: Ein Beitrag zur schadstofffreien Stromerzeugung
Aktionenführer: H. Maderhauer
Projekt: Photovoltaikanlage Johann-Ediger-Gasse
Prof. Kirchengemeinde Ludwigshafen-Kirchhofheim
Erwerben Sie sich eine Aktie und unterstützen Sie den Ausbau der
Information: Info: Uwe-Meßner
Helfen Sie mit, erneuerbare Energien voranzutreiben!

Von Luftschlössern und dem Perpetuum mobile: Teile von Grün-rot halten spätestens im Jahr 2050 eine weltweite Vollversorgung aus Solarenergie für technisch und wirtschaftlich darstellbar.

Wirklichkeit: Ethisch fragwürdiges ineffizientes nationales Fördersystem

- ...für eine technisch und wirtschaftlich stark limitierte Technologie.
 - Die Lernkurve der Photovoltaik wird auf absehbare Zeit nicht in der Lage sein, die Lernkurven der übrigen Energieträger „einzuholen“:
Bei einem maximal erreichbaren jährlichen Marktwachstum von 30 % in Deutschland und einer idealen Lernkurve, mit einer jährlichen Reduktion der spezifischen Investitionskosten von 8 %, fiel nach heutiger Förderung, bei einem Anteil der Photovoltaik an der Stromerzeugung von 4 % im Jahr 2020, ein kumuliertes Investitionsvolumen von 37 Milliarden Euro an. Dieses Investitionsvolumen entspricht einem Großteil der für den ab 2010 aufzubringenden Betrag für den Ersatz konventioneller Kraftwerksleistung in Deutschland in Höhe von 30.000 MW, einem Drittel der Leistung des gesamten Kraftwerksparks. Der Stromgestehungspreis bei Photovoltaik läge dann immer noch bei ca. 20 Cent je kWh - mehr als das Doppelte der heutigen Vergütung für Strom aus Windkraftanlagen (Vgl. ISET 2002. RWE Schott Solar kommt im Ergebnis zu gleichen Resultaten). Dabei wurde weder das weltweite Wachstum der Photovoltaik noch der übrigen (konventionellen wie regenerativen) Energieträger berücksichtigt. Würden die entsprechenden Lernkurven in die Kalkulation mit einbezogen, würde das kumulierte Investitionsvolumen weiter steigen.
- Die deutschen Stromkunden zahlen jedes Jahr **500 Millionen Euro** (Tendenz steigend) für gerade einmal **0,1 %** Anteil Photovoltaik an der jährlichen Stromerzeugung (Marktwert des jährlich erzeugten Stroms aus Photovoltaik: ca. 22 Millionen Euro)
 - Zum Vergleich: Deutschland unterstützt Energieversorgungsprojekte in Entwicklungs- und Schwellenländer jährlich mit nur etwa 200 Millionen.
- **Gäbe es angesichts von weltweit mehr als 1 Milliarde Menschen ohne Zugang zu Energie nicht effizientere und ethisch sinnvollere Verwendungszwecke für jährlich 500 Millionen Euro als mit diesem Geld (ohne nationale energiepolitische Wirkung) die Rendite von Anlagefonds zu finanzieren?**

Wirklichkeit: Ethisch fragwürdiges ineffizientes nationales Fördersystem (2)

- Fördersystem EEG (ohne Verpflichtung zum Selbstverbrauch) als eher „**unchristliche**“ Kapitalanlage zu Gunsten einiger weniger Besserverdiener - die Gemeinschaft der Stromkunden bezahlt.



PV-Betreiber kauft den Strom für seinen Eigenbedarf zu ca. 20 ct./kWh – dank Kohle und Kernenergie 200 % günstiger als die Einspeisevergütung für PV-Strom.

20 ct./kWh

60 ct./kWh

PV-Betreiber erhält ca. 60 ct./kWh für die Einspeisung seines produzierten Solarstroms.

„Rund-um-Sorglos-Paket“ für die Erneuerbaren

- **Anspruch: Die Erneuerbaren Energien-Branche wird nicht subventioniert.**
- **Wirklichkeit: Grün-rote Förderung (teilweise verdeckt) geht weit über die gesetzliche Einspeisevergütung hinaus.**
 - Bundesbürgschaften für nationale Offshore und Auslandsprojekte
 - Steuerliche Erleichterungen und allgemeine Abschreibungsmöglichkeiten
 - Investitionszuschüsse und zinsgünstige staatliche Darlehen (Bund- und Landesmittel)
 - Offshore-Stiftung zur Unterstützung von Windparks auf hoher See
 - Marktanreizprogramm für Erneuerbare im Wärmebereich
 - Staatliche finanzierte Studien und Erhebungen, Institute und Kompetenzzentren (z.B. bei Offshore-Folgenabschätzung)
 - Gesteigerte Zuschüsse für Umweltverbände und Fördervereinigungen für Erneuerbare Energien (Steigerung von 3 Mio./a 1998 auf 5 Mio./a 2005)
 - Verbandsklagerecht für Umweltverbände
 - Millionenschwere staatliche Werbe- und Imagekampagnen (z.B. „Deutschland hat unendlich viel Energie“)
 - Informations- und Berufsbildbroschüren für den Bereich Erneuerbarer Energien
 - Staatliche Kauf-Empfehlungen für Aktien von Unternehmen im Bereich Erneuerbarer Energien (z.B. 46.000 teure BMU-Broschüre, die Aktien in moralisch „gute“ und „böse“ Anlagen unterteilt) und regelmäßige Firmenwerbung mittels Unternehmensnennungen in Veröffentlichungen des BMU
 - Exportförderung bzw. –bezuschussung (nicht nur Pilotprojekte, Exportinitiative etc.)
 - „Ökostrom“-Bezug durch Bundesbehörden
 - Einseitige Unterrichtsmaterialien ohne objektiven bzw. wissenschaftlichen Anspruch
- Nach 7 Jahren Grün-rot und 20 Jahren EEG-Förderung werden sich die kumulierten Kosten für Steuerzahler und Stromkunden auf weit über 150 Milliarden Euro belaufen – und das für ca. 8 % zusätzlichen Anteil Erneuerbarer Energien an der Stromversorgung.

Ineffizient: Mit überlegtem und nachhaltigem Mitteleinsatz wäre eine solche Anteilssteigerung bei geringeren Mitnahmeeffekten mit deutlich geringerem volkswirtschaftlichem Gesamtkosten erreichbar gewesen.